

weitergereicht an: am:	Beschluss-Nr.: 2009/229
Gremium: Kreistag Sitzung: 8. Sitzung des Kreistages des Landkreises Leipzig	Aktenzeichen: Vorlage-Nr.: 2009/229/3 Datum: 02.12.2009
aufgehoben/geändert am:	durch Beschl.-Nr.:

Beschlussgegenstand

Grundsatzbeschluss zum Verkehrsfinanzierungsvertrag zwischen dem Landkreis Leipzig und den Busverkehrsunternehmen im Landkreis

Beschlusstext

Der Kreistag beauftragt

den Landrat mit den Busverkehrsunternehmen

- Personennahverkehrsgesellschaft Muldentail mbH, Deuben,
- Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig,
- THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Altenburg,
- Omnibusnahverkehr Runge, Grimma,
- Bus- und Reiseunternehmen Ludwig, Bad Lausick,
- Omnibus-Reiseunternehmen Naunhof, Nerchau, und
- Reise- und Omnibusunternehmen Volker Kaltofen, Grimma,

den Verkehrsfinanzierungsvertrag nach Maßgabe des als Anlage (Stand: 12.10.2009) beigefügten Verkehrsfinanzierungsvertrages abzuschließen.

gez.

Dr. Gerhard Gey

Landrat - Siegel -

Haushaltsmäßige Veranschlagung

im Verwaltungshaushalt 2009 HHST 1.79700.71500.00

im Vermögenshaushalt 2009 HHST

Über-/Außerplanmäßige Ausgabe ()

Verkehrsfinanzierungsvertrag

zwischen dem

Landkreis Leipzig, vertreten durch den Landrat,

- nachfolgend „**Landkreis**“ oder „**Aufgabenträger**“ -

und

dem xxx,
vertreten durch xxxx

- nachfolgend „**FIRMA**“ -

über die Finanzierung der durch die FIRMA im Bediengebiet Landkreis Leipzig nachfolgend näher beschriebenen und zu erbringenden ÖPNV-Leistungen.

Vorbemerkung

Der Landkreis Leipzig ist Aufgabenträger für den ÖPNV und hat die Aufgabe der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für sein Territorium einschließlich der Beziehungen zu den benachbarten Räumen nach den Bestimmungen des Personenbeförderungsgesetzes und des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen (SächsÖPNVG).

Die Verkehrsleistungen, deren Bezuschussung in diesem Vertrag geregelt wird, werden örtlich im Wesentlichen im Aufgabengebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) erbracht.

Mit diesem Vertrag wird die anteilige Finanzierung des ÖPNV-Angebotes der FIRMA für die Jahre 2010 bis einschließlich 2013 im Sinne einer Ausgleichsleistung (neben Erlösen der FIRMA aus Fahrscheinverkäufen, Einnahmen aus dem MDV, Ausgleichsleistungen für Auszubildende und für Schwerbehinderte nach § 148 SGB IX und anderen Quellen) - nachfolgend als Betriebskostenzuschuss bezeichnet - sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und der FIRMA geregelt. Dieser Vertrag hat grundsätzlich, vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen, bis zum Auslaufen der der FIRMA erteilten Genehmigungen nach den §§ 2, 9, 13, 42 und 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) Bestand.

Der Landkreis und die FIRMA vollziehen mit diesem Vertrag hinsichtlich Planung und Finanzierung des gegenständlichen Linienverkehrs die im aktuellen Nahverkehrsplan und dessen Fortschreibungen festgelegten Zielstellungen. Der Landkreis leistet im Rahmen der Daseinsvorsorge und seiner finanziellen Möglichkeiten für den ÖPNV auf seinem Territorium durch die Bereitstellung des freiwilligen Betriebskostenzuschusses seinen Beitrag.

Die Ermittlung der jeweiligen Ausgleichsleistung resultiert aus einer konkreten Kostenkalkulation der angebotenen Verkehrsleistungen unter Zugrundelegung von Deckungsrechnungen im Hinblick auf die aus den Liniengenehmigungen ersichtlichen Fahrplankilometerleistungen im in § 1 Ziff. 2 und der Anlage 1 zu diesem Vertrag aufgeschlüsselten Umfang. Die Vertragslaufzeit beginnt zu dem in § 2 Ziff. 5 genannten Stichtag.

Die Zuschussparameter wurden im Voraus (vor Vertragsschluss) anhand objektiver Kriterien ermittelt. Rechtsgrundlage der vereinbarten Betriebskostenzuschüsse bilden die Ausführungen des EuGH zu den Voraussetzungen der Gewährung von Zuschüssen im ÖPNV und zum Begriff der Beihilfe, wie dies insbesondere im Urteil vom 24.07.2003 in der Rechtssache C-280/00 dokumentiert ist sowie die Regelungen der VO (EG) Nr. 1370/2007 über die Gewährung von Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen.

Mit diesem Vertrag verfolgt der Landkreis Leipzig das Ziel eines effizienten und wirtschaftlichen Betriebs des genehmigten ÖPNV zur Sicherung einer ausreichenden und nahverkehrsplankonformen Verkehrsbedienung.

§ 1 Gegenstand des Vertrages

1.
Gegenstand dieses Vertrages sind die Finanzierung von Linienverkehren im ÖPNV im Landkreis Leipzig gemäß §§ 42, 43 ff. PBefG sowie die Vorgaben qualitativer Mindeststandards der Verkehrsbedienung und deren Sicherung.

2.
Die FIRMA bedient im Kalenderjahr 2010 auf der Basis von bestandskräftig nach den §§ 13, 42 und 43 PBefG erteilten Linienverkehrsgenehmigungen ÖPNV-Linien im Umfang von Fahrplankilometern.

Die der FIRMA erteilten Genehmigungen sind inklusive der Laufzeit in der Anlage 1 aufgeführt. Basis für die seitens der FIRMA nach diesem Vertrag zu erbringenden Verkehrsleistungen und Grundlage der Zuschussgewährung sind die in Anlage 2 für die Vertragslaufzeit vereinbarten Fahrplankilometer. Im Übrigen wird auf § 5 dieses Vertrages verwiesen.

3.
Unter Beachtung der Ausgleichsleistungen, welche als handelsrechtliche Erträge im Sinne des § 8 Abs. 4 PBefG behandelt werden, werden die ÖPNV-Linien eigenwirtschaftlich im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes betrieben. Die Ausgleichsleistungen dienen der anteiligen Deckung des Fehlbetrages im ÖPNV-Linienverkehr und berechnen sich nach den Regeln der Eu-Verordnung 1370/2007.

4.
Mit der Durchführung des genehmigten Linienverkehrs im ÖPNV und sonstiger Bedienformen erbringt die FIRMA Leistungen zur Absicherung des Schülerverkehrs im Landkreis und im Rahmen der Daseinsvorsorge des Landkreises, deren finanzielle Grundlagen der Landkreis durch Ausgleichsleistungen sichert. Ein Auftragsverhältnis im vergaberechtlichen Sinne besteht nicht.

§ 2 Vertragsbasis, Laufzeit, Kündigung

1.
Verbindliche Grundlagen dieses Vertrages sind die gesetzlichen (europa-, bundes- wie landesrechtlichen) Bestimmungen und Verordnungen über den ÖPNV, insbesondere die Eu-Verordnung 1370/2007, das Personenbeförderungsgesetz, das Sächsische ÖPNV-Gesetz, die der FIRMA erteilten Liniengenehmigungen sowie der Nahverkehrsplan für den Landkreis Leipzig in der jeweils gültigen Fassung sowie die vertraglichen oder planerischen Nahverkehrsvorgaben des MDV.

2.
Die seitens des Verkehrsunternehmens nach diesem Vertrag zu erbringende Verkehrsleistung ergibt sich aus den Mindestbedienstandards des Nahverkehrsplanes, der nach Bewertungskatalog vorgenommen Bewertung, der Entscheidung der Landesdirektion einschließlich der hierin enthaltenen Bedingungen und Auflagen.

3.
Die FIRMA ist die ausschließliche Inhaberin der personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungen und alleinige Trägerin der sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten.

4.
Die FIRMA, die Unternehmerin im personenbeförderungsrechtlichen Sinne ist, ist für den Bestand der personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungen während der Vertragslaufzeit allein verantwortlich. Die Verpflichtung der FIRMA nach § 21 PBefG bleibt unberührt. Ein eventuelles Vorgehen der FIRMA nach § 21 Abs. 4 PBefG ist mit dem Landkreis abzustimmen. Rechte und Pflichten der FIRMA ergeben sich aus den erteilten Genehmigungen. Künftige Genehmigungsanträge der FIRMA für den ÖPNV haben in Übereinstimmung mit dem Personenbeförderungsgesetz und dem Nahverkehrsplan für den Landkreis Leipzig zu stehen (siehe Punkt 1.).

5.

Dieser Vertrag tritt am 01.01.2010 in Kraft und läuft bis zum Ende des Kalenderjahres 2013.

6.

Der Vertrag kann nur aus wichtigem Grund vorzeitig gekündigt oder im Einvernehmen angepasst werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere,

- wenn eine der Vertragsparteien ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag in grober Weise verletzt und ihnen trotz schriftlicher Abmahnung in jeweils gleicher Angelegenheit nicht nachkommt,
- die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu Lasten der FIRMA oder die Ablehnung der Eröffnung mangels Masse desselben,
- wenn bei der FIRMA Umstände eintreten, die linienbezogen zu einem Widerruf (§ 49 VwVfG) der Genehmigungen wegen des Wegfalls oder Fehlens der jeweiligen Voraussetzungen des § 13 Abs. 2 Ziff. 1 - 2, 2a PBefG in der jeweils gültigen Fassung führen, wobei die Kündigung nur bezogen auf die betroffene Linie erklärt werden kann,
- wenn die Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 PBefG bei der FIRMA entfallen und / oder die Voraussetzungen des §§ 25, 26 oder 21 Abs. 4 PBefG vorliegen.

§ 3

Verkehrsleistungsübertragung

1.

Die FIRMA ist berechtigt, ihre Verkehrsleistungen ganz oder teilweise von durch Verkehrsleistungsübertragungsverträge gebundene Subunternehmer ausführen zu lassen, müssen jedoch den bedeutenden Teil der öffentlichen Personenverkehrsdienste selbst erbringen. Mit der Firma im Sinne des Aktienrechts verbundene Unternehmen gelten nicht als Subunternehmer und fallen nicht unter die Bestimmungen des § 3. Art und Umfang der durch Subunternehmer ausgeführten Leistungen sowie der Name der vorgesehenen Unternehmen sind dem Landkreis durch Vorlage des vereinbarten Verkehrsleistungsübertragungsvertrages spätestens zu Vertragsbeginn mitzuteilen.

2.

Die FIRMA kann sogenannte klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) als Subunternehmer angemessen berücksichtigen, soweit dies betrieblich möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Die durch die Subunternehmer zu erbringenden Leistungen unterliegen den in diesem Vertrag festgelegten Bestimmungen und Standards, ohne dass die Subunternehmer Vertragspartner des Landkreises werden.

3.

Die Einbindung von Subunternehmern und die hieraus im Verhältnis zu einer vollständigen Eigenerbringung der Leistungen erzielten Kostenvorteile sind Parameter der Berechnung des Bedarfs an Betriebskostenzuschüssen.

§ 4

Verkehrsleistungsumfang und Parameter

1.

Die FIRMA ist aufgrund der ihr erteilten Linienverkehrsgenehmigungen verpflichtet, den Verkehrsleistungsumfang des jeweils nach § 1 Ziff. 2 Satz 2 dieses Vertrages in Bezug genommenen Fahrplanangebots zur Verkehrsbedienung im ÖPNV zu erbringen.

2.

Einen Anspruch auf Erbringung der vertragsgegenständlichen Verkehrsleistung hat der Aufgabenträger nach diesem Vertrag nicht. Sofern dieser Vertrag Vorgaben zur Art und Umfang der Verkehrsleistungen macht, sind diese lediglich Bedingung für die Zahlung der vereinbarten Zuschussleistung.

3.

Die Fahrpläne einschließlich einzusetzenden Fahrzeuge (Platzkapazität) und Bedienungsformen (Festverkehr, Anmeldeverkehr, Fahrt nur zum Aussteigen etc.) werden zwischen Landkreis und FIRMA einvernehmlich festgelegt. Anträge auf Änderungen sind dem Landkreis zwei Wochen vor beabsichtigter Antragstellung zur Prüfung vorzulegen. Der Landkreis prüft die Anträge im Rahmen dieser Frist auf Vereinbarkeit mit diesem Vertrag. Soweit zwingende, für die FIRMA nicht vorhersehbare Umstände eine kurzfristigere Anpassung verlangen (z.B. Bauarbeiten), so ist der Landkreis unverzüglich über die Änderungen in Kenntnis zu setzen.

§ 5 Anpassungen der Verkehrsleistungen

1.

Die FIRMA als Genehmigungsinhaberin kann Leistungsanpassungen im jeweiligen Verkehrslistungsumfang vornehmen, soweit hierzu von der Genehmigungsbehörde die Genehmigung erteilt wird und vorab Einvernehmen über die Veränderungen der Finanzierung der Verkehrsleistungen zwischen den Vertragspartnern hergestellt wurde, es sei denn, es finden Leistungsanpassungen statt, für die ein Betriebskostenzuschuss seitens der FIRMA nicht beansprucht wird. Dies gilt entsprechend für Fahrplan- oder Tarifänderungen.

2.

Die FIRMA kann vom Landkreis eine Anpassung des Leistungsangebotes verlangen, wenn die Verkehrsdurchführung nicht mehr zumutbar ist. Alternativ kann der Landkreis die aufgetretenen Kostennachteile ausgleichen. Die Verkehrsdurchführung ist im Sinne diesen Vertrages insbesondere nicht mehr zumutbar, wenn

- a. sich die verbundbedingten Zuschüsse für Durchtarifizierung im MDV, die Ausgleichszahlungen für den Ausbittungsverkehr oder die Ausgleichszahlungen nach §§145 ff. SGB IX ändern oder diese ganz entfallen.
- b. die Änderungen des Preises für Dieselmotorkraftstoff im Monatswert von durchschnittlich mehr als 10 % festgestellt werden und dieser Anstieg mindestens 6 Monate anhält. Der erstmalige Bezugsmonat ist Dezember 2009.
- c. die Nachfrage nach Verkehren gemessen in Zahl der Fahrgäste (Einsteiger) um mehr als 10 % seit Beginn des Vertrages zurückgeht.
- d. Änderungen der Schulzeiten zwingend den Einsatz zusätzlicher Busse erfordern würden. Dies gilt nicht, wenn nur die Zunahme von Schülerzahlen den Einsatz zusätzlicher Busse erfordert.

Die Anpassung des Leistungsangebotes ist schriftlich unter Beifügung geeigneter Nachweise beim Landkreis anzumelden. Dabei müssen geeignete Vorschläge zum Nachteilsausgleich beigelegt sein (Zuschusserhöhung, Leistungsreduzierung).

Der Landkreis prüft innerhalb eines Monats die Vorschläge der Firma zur Anpassung des Leistungsangebotes. Der Landkreis teilt der Firma mit, wie und unter welchen Rahmenbedingungen die Vertragsanpassung erfolgt.

Die FIRMA kann die neuen Rahmenbedingungen des Landkreises nur ablehnen, wenn diese betrieblich unmöglich sind oder die eigene Kostenkalkulation nicht mehr eingehalten wird. In diesem Fall haben die Vertragspartner über Lösungsmöglichkeiten zu verhandeln. Über das neue Leistungsangebot ist innerhalb von 6 Wochen eine Einigung herbeizuführen.

3.

Der Landkreis kann von der FIRMA eine Anpassung des Leistungsangebotes verlangen, wenn sich wesentliche Umstände seit Abschluss des Vertrages geändert haben. Wesentliche Umstände sind insbesondere:

- a. die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes mit geänderten Anforderungen,
- b. die Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahnnetzes mit Auswirkungen auf die Gestaltung des zu-/abbringenden Busnetzes,
- c. Entwicklungen der Schulstandorte, die nicht dem Stand zum 01.01.2010 entsprechen.
- d. Landes- oder Kreismittel nicht mehr in entsprechender Höhe verfügbar sind oder erhöht werden.
- e. Kosten für Diesel entsprechend Ziffer 2 b) um mindestens 10 % fallen.

Die Änderung des Leistungsangebotes ist unter Beifügung einer Begründung von der FIRMA zu verlangen. Die FIRMA kann die Änderungen des Leistungsangebotes des Landkreises nur ablehnen, wenn diese betrieblich unmöglich sind oder die eigene Kostenkalkulation nicht mehr eingehalten wird. In diesem Fall haben die Vertragspartner über Lösungsmöglichkeiten zu verhandeln. Über das neue Leistungsangebot ist innerhalb von 6 Wochen eine Einigung herbeizuführen.

§ 6 Qualitätsanforderungen

1.

Die FIRMA ist aufgrund der ihr erteilten Linienverkehrsgenehmigungen zur Einhaltung und dauerhaften Gewährleistung der bei Vertragsabschluss bei der FIRMA in Bezug auf die Leistungserbringung bestehenden Qualitätsstandards verpflichtet, insbesondere sowohl die vom MDV entwickelten als auch die im Nahverkehrsplan des Landkreises Leipzig verankerten. Wird für die FIRMA erkennbar, dass Umstände eintreten, auf Grund derer die leistungsbezogenen Qualitätsstandards nicht eingehalten werden können, teilt sie dies dem Aufgabenträger unverzüglich mit.

2.

Es gelten die qualitätsbezogenen Regelungen der erteilten Liniengenehmigungen, die Bestimmungen des PBefG, der BOKraft sowie die Vorgaben des Nahverkehrsplanes und des MDV.

3.

Die Bearbeitung von Beschwerden und Reklamationen der Fahrgäste oder Dritter obliegt der FIRMA.

4.

§ 2 Ziff. 2 bleibt unberührt.

5.

Ergänzend gelten folgende Regelungen:

A. Zuverlässigkeit und Anschlussicherung

a.

Es wird darauf hingewiesen, dass die FIRMA verpflichtet ist, die ihr genehmigten Linienverkehre nach den gesetzlichen Vorgaben, fahrplantau und zuverlässig zu erbringen.

b.

Eine Fahrt gilt als nicht im Sinne der Ziffer 1 erbracht, wenn

- sie nicht durchgeführt wird,
- nicht alle vorgesehenen Haltestellen angefahren werden,
- die Abfahrt mit einer Verspätung von mehr als 15 Minuten im Stadtverkehr und mehr als 30 Minuten im Regionalverkehr (einschließlich Schülerkurse und alternativer Bedienkonzepte) erfolgt,
- die Abfahrt mehr als 3 Minuten zu früh erfolgt und dies jeweils seitens der FIRMA zu vertreten ist.

c.

Der Anschluss gilt als nicht gesichert, wenn wegen eigener Verspätung /vorzeitiger Abfahrt Verknüpfungen mit Anschlussverkehrsmitteln nicht sichergestellt werden konnten. Dem gleichgestellt ist die Nichtabsicherung der Schulanfangs- und -endzeiten aufgrund der FIRMA zurechenbaren Verschuldens.

d.

Fahrtausfälle nach b. und nicht gesicherte Anschlüsse nach c. sind dem Aufgabenträger nach den Maßgaben des § 7 Abs. 2 zu melden.

e.

Bei durch den Aufgabenträger festgestellten Verstößen erhält das Verkehrsunternehmen die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Aufgabenträger ist berechtigt, eine schriftliche Abmahnung auszusprechen.

B. Serviceanforderungen

a.

Die FIRMA richtet die Erbringung ihrer Leistungen an den Bedürfnissen der Fahrgäste aus. Dies umfasst insbesondere die folgenden Punkte:

- Die FIRMA stellt sicher, dass sie während der Betriebszeiten für die Fahrgäste erreichbar ist.
- Die FIRMA besitzt ein Verfahren zur Fundsachenbehandlung. Das Verfahren stellt sicher, dass verloren gegangene Gegenstände mindestens für den Zeitraum von sechs Monaten vom Eigentümer wieder abgeholt werden können. In offensichtlichen Fällen (Personalien bei der Fundsache) wird sie aktiv bei der Rücklieferung tätig.

b.

Im Linienbetrieb sind insbesondere die folgenden Punkte umfasst:

- Das seitens der Firma eingesetzte Fahrpersonal muss in der Lage sein, über die Linienführung und Haltestellenlage Auskunft zu erteilen sowie auf Abweichungen von der üblichen Linienführung (z. B. aufgrund von Umleitungen) hinzuweisen und Anfragen von Fahrgästen sachkundig zu beantworten.
- Mobilitätseingeschränkten Fahrgästen wird in Bussen die Beförderung nach den geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Mindestausstattung ermöglicht.

6.

Die Parteien können sich einvernehmlich ganz oder teilweise von der Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen eine Befreiung erteilen. Diese Regelung bedarf der Schriftform und wird bei entsprechender Vereinbarung Bestandteil dieses Vertrages.

§ 7

Verkehrsleistungsstörungen , Reaktion

1.

Die FIRMA hat für die vertragsgemäße Durchführung des fahrplanmäßigen Verkehrsumfanges entsprechend der erteilten Genehmigungen zu sorgen. Auf absehbare Einflüsse, wie Baustellen oder Ähnliches, ist durch die FIRMA angemessen zu reagieren.

2.

Bei wesentlichen Verkehrsleistungsstörungen ist der Landkreis über die Ursachen und die verkehrlichen Auswirkungen der Störungen unverzüglich unter Angabe der Liniennummern der ausgefallenen Fahrten, der Ersatzverkehre, der Anzahl der ausgefallenen oder mehr zu leistenden Buskilometer, den Zeitpunkt und die Dauer des Ausfalls sowie den Grund des Ausfalls schriftlich zu informieren. Das Gebot der unverzüglichen Information ist dann erfüllt, soweit der Landkreis von der Störung, sollte sie bis 13.00 Uhr eines Arbeitstages zur Kenntnis der FIRMA gelangen, noch an diesem Arbeitstag, ansonsten bis 13.00 Uhr des Folgearbeitstages in Kenntnis gesetzt wird.

§ 8

Fahrplankilometerbezogener Leistungsnachweis

1.

Die FIRMA legt dem Landkreis im November jeden Jahres eine detaillierte Planung der Verkehrsleistung für das Folgejahr vor (Anlage 2). Landkreis und FIRMA sind sich dabei bewusst, dass diese Verkehrsleistung im Rahmen der Fahrplanwechsel des MDV und der Deutschen Bahn (DB) eine Anpassung erfahren kann. Diese Anpassung erfolgt in Abstimmung zwischen dem Landkreis und der FIRMA.

2.

Soweit der Verkehrsleistungsumfang während der Laufzeit dieses Vertrages Veränderungen erfährt, ist die FIRMA verpflichtet, dies unverzüglich dem Landkreis anzuzeigen und unter Angabe der jeweiligen Gründe mitzuteilen. Die auftretenden Fahrplankilometerdifferenzen im Verhältnis zum jeweiligen vorherigen Ist-Zustand sind darzustellen.

3.

Die FIRMA leistet gegenüber dem Landkreis bis zum 15. Juli eines Jahres für das vorangegangene Halbjahr einen fahrplankilometerbezogenen Leistungsnachweis über die geplanten und erbrachten Fahrplanleistungen (Anlage 3). Die FIRMA weist den Landkreis auf etwaige Differenzen zum hier vorausgesetzten Verkehrsleistungsumfang hin und begründet eventuelle Abweichungen. Mit der Dezemberabrechnung eines jeden Jahres ist jeweils eine kumulierte Jahresabrechnung dem Landkreis vorzulegen, aus der sowohl der geplante als auch der tatsächlich erbrachte Leistungsumfang für das abgelaufene Vertragsjahr hervorgehen (Anlage 3).

§ 9 Ausgleichsleistungen

1.

Zur Sicherung des nach § 1 Ziff. 2 Satz 2 beschriebenen Verkehrsleistungsumfangs verpflichtet sich der Landkreis zur Herstellung der anteiligen Kostendeckung einen Betriebskostenzuschuss zu leisten. Die Vertragsparteien verpflichten sich zu einer effizienten Gestaltung des ÖPNV. Der Betriebskostenzuschuss wurde vor Vertragsschluss nach den in den Vorbemerkungen dokumentierten Vorgaben ermittelt und abgeglichen.

Der Landkreis gewährt der FIRMA einen Betriebskostenzuschuss in Höhe vonpro Fahrplankilometer entsprechend § 1 Abs. 2 für die Dauer des Vertrages.

2.

Der jährliche Betriebskostenzuschuss berücksichtigt Preis- und Vergütungstarifänderungen sowie angemessene Wagnisse und ist für die Vertragslaufzeit verbindlich. Die FIRMA ist verpflichtet, sämtliche für das Unternehmen oder die Verkehrsleistung gesetzlichen oder verbundbedingten Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen. Dies betrifft insbesondere die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr und die Ausgleichszahlungen nach § 148 SGB IX. Die FIRMA erklärt grundsätzlich die Auskömmlichkeit des Betriebskostenzuschusses.

3.

Der Landkreis überweist die Betriebskostenzuschüsse in zwölf gleichen Monatsraten jeweils zum 1. eines laufenden Monats an die FIRMA. Geht die Zahlung nicht bis zum genannten Zeitpunkt ein, gerät der Landkreis in Verzug, ohne dass es einer Mahnung bedarf. Ab diesem Datum fallen Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz an. Fällt der 1. eines laufenden Monats auf ein Wochenende oder einen Feiertag, so hat die Zahlung am darauf folgenden Werktag zu erfolgen.

4.

Eine Forderungsabtretung der FIRMA an Dritte hinsichtlich der Ansprüche der FIRMA gegenüber dem Landkreis bedarf dessen schriftlicher Zustimmung.

§ 10 Anpassung des Zuschusses

1.

Bei Änderungen des Vertragsvolumens von mehr als +/- 1,5 % des Verkehrsleistungsumfanges in Fahrplankilometern nach § 1 Ziff. 2 (Erheblichkeitsgrenze) erfolgt eine Anpassung des vereinbarten Zuschusses gemäß den Ziffern 2. und 3. dieser Norm. Mehrleistungen bis zu 1,5 % können sich insbesondere aus der Veränderung von Verkehrstagen, aus baustellenbedingten Umleitungen ergeben. Liegen die Voraussetzungen des Satz 1 vor, haben die Parteien einen Anspruch auf Anpassung des Zuschusses.

2.

Das Anpassungsverlangen ist dem anderen Vertragspartner mit der entsprechenden Begründung schriftlich zu übersenden.

3.

Der Zuschuss wird - bezogen auf die Mehr- oder Minderleistungen oberhalb der in Ziffer 1 definierten Erheblichkeitsgrenze - in Höhe des fahrplankilometerbezogenen Zuschussatzes gezahlt.

4.

Es entspricht dem Sinn und Zweck dieses Vertrages, dass die Finanzierung der vereinbarten Leistungen während der Vertragslaufzeit für die FIRMA und den Landkreis stabil und planbar bleiben muss. Der Betriebskostenzuschuss kann auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien neu verhandelt werden, wenn außergewöhnliche finanzielle Situationen eintreten, die den Vertragspartnern ein Festhalten an den bisherigen Vereinbarungen unzumutbar machen. § 313 BGB gilt ergänzend.

Dazu gehören insbesondere:

- a. vom Bund, dem Freistaat Sachsen, oder dem MDV bzw. einem Verkehrsverbund im Bediengebiet beschlossene Maßnahmen, die sich finanziell auf die dem Verkehrsunternehmen genehmigten Verkehre auswirken,
- b. Veränderungen der im Zeitpunkt des Vertragsschlusses bestehenden gesetzlichen Finanzierungsgrundlagen, insbesondere bei gänzlichem Wegfall der gesetzlichen Ausgleichsregelungen,
- c. in Finanzierungsgrundlagen eingreifende und zu deren gänzlichem oder teilweisem Wegfall führende höchstrichterliche Rechtsprechung europäischer und nationaler Gerichte.

Das Anpassungsverlangen muss individuell begründet und nachprüfbar sein.

§ 11 Haftung

1.
Für die Leistungserbringung der FIRMA gegenüber Dritten haftet der Landkreis nicht.
2.
Die FIRMA haftet gegenüber dem Landkreis nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, sofern in diesem Vertrag keine abweichende Regelung getroffen wird.

§ 12 Zusammenarbeit mit dem Aufgabenträger

1.
Die FIRMA und der Landkreis arbeiten - jeder nach seinen Möglichkeiten - hinsichtlich der Entwicklung des ÖPNV im Landkreis zusammen. Dies gilt auch hinsichtlich der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes und der Führung von ÖPNV-Statistik.
2.
Der Landkreis oder von diesem beauftragte Dritte sind unter der Voraussetzung einer vorherigen Einigung der Vertragsparteien über die Modalitäten der Befragungen, Erfassungen und Erhebungen und die Verwendung der durch den Landkreis oder durch ihn beauftragte Dritte erlangten Daten berechtigt, auf den vertragsgegenständlichen Linien Fahrgastbefragungen, Erfassungen oder Erhebungen durchzuführen. Hierfür gewährt die FIRMA dem Landkreis oder von diesem beauftragten Dritten jederzeit freien Zugang zu den eingesetzten Fahrzeugen und stattet diese - erforderlichenfalls - zu eigener Kostenlast mit entsprechenden Berechtigungsausweisen aus.
3.
Die FIRMA ist verpflichtet, dem Landkreis bei Streitigkeiten mit Dritten, die den Betrieb von vertragsgegenständlichen Linien betreffen und behindern könnten, unverzüglich zu informieren.

§ 12a Informationspflichten, Datenklausel

Die FIRMA ist verpflichtet, unverzüglich nach Erstellung des Jahresabschlusses für ein jedes Geschäftsjahr, eine auf die Sparte ÖPNV-Linienverkehr beschränkte Gewinn- und Verlustrechnung an den Aufgabenträger zu reichen. Der Aufgabenträger ist berechtigt, diese Berechnung von der FIRMA bis zum 31.07. des jeweiligen Folgejahres zu verlangen, wobei sich die Methodik nach der Anlage 4 des Vertrages zu richten hat. Die Firma ist verpflichtet, die zweckentsprechende Verwendung der empfangenen Betriebskostenzuschüsse zu bestätigen (Anlage 5) oder die nicht zweckkonforme Verwendung anzuzeigen. Die FIRMA ist weiterhin verpflichtet, dem Aufgabenträger die Informationen zu geben, die von der FIRMA im Rahmen des § 8 Abs. 2 und der hier postulierten Mitwirkungsverpflichtung bei der Erstellung des Nahverkehrsplanes und der Gestaltung des ÖPNV-Angebotes hinsichtlich der Planung und Gestaltung desselben erlangt werden. Die FIRMA ist zusätzlich verpflichtet, gesellschaftsrechtliche oder firmenrechtliche Veränderungen schriftlich dem Aufgabenträger anzuzeigen.

§ 12b
Vertraulichkeitsklausel

Die Vertragsparteien verpflichten sich hierdurch, sämtliche anlässlich der Vertragsdurchführung oder seiner Verhandlung erlangten Informationen/Daten jeglicher Art geheim zu halten und nur an Dritte weiterzugeben, sofern hierfür eine gesetzliche Verpflichtung oder die Erlaubnis des Vertragspartners vorhanden ist. Erfolgt die Weitergabe von Informationen/Daten aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung, ist der weitergebende Vertragspartner verpflichtet, den anderen Vertragspartner hierüber im Voraus zu informieren.

§ 14
Schlussbestimmungen, Salvatorische Klausel, Gerichtsstand

1.
Alle Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Nebenabreden wurden nicht getroffen.
2.
Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages lässt dessen Wirksamkeit im Übrigen unberührt. Die Vertragsparteien sind in einem solchen Fall verpflichtet, diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Enthält der Vertrag Lücken, werden die Vertragsparteien dasjenige vereinbaren, was dem entspricht, das nach Sinn und Zweck des Vertrages vereinbart worden wäre.
3.
Die Anlagen dieses Vertrages
 1. Aufstellung der Linienverkehrsgenehmigungen
 2. Nachweis der monatlich tatsächlich geleisteten Fahrplankilometer
 3. Nachweis der jährlich tatsächlich geleisteten Fahrplankilometer
 4. Jährliche Information des Unternehmens an den Aufgabenträger über die tatsächliche Kosten- und Erlössituation im Linienverkehr
 5. Verwendungsnachweis des Verkehrsunternehmens
 6. Fahrzeuglistesind Bestandteil desselben.
4.
Gerichtsstand und Erfüllungsort für alle Ansprüche und Leistungen aus diesem Vertrag ist Leipzig.

Borna, den.....

Borna, den

Dr. Gerhard Gey
Landrat Landkreis Leipzig

Firma

Die Darstellung erfolgt hier ohne Anlagen!